

Und täglich droht die Abschiebung

Massiv kritisieren Kirchen und Verbände zum "Tag des Flüchtlings" am 3. Oktober die Abschiebehaftregelung der Bundesregierung. Rund 1.500 Menschen warten in deutschen Gefängnissen auf ihre Ausweisung. Eine EU-Richtlinie bringt nach Ansicht der "Initiative gegen Abschiebehaft" kaum Besserung bei den Haftbedingungen. Wie Unschuldige monatelang hinter Gittern leben, zeigt eine Ausstellung.

Der geborene Berliner Bülent Alpsoy, die vietnamesische Fabrikarbeiterin Lian Dang und der staatenlose Tischler Farid Abado verbindet ein gemeinsames Schicksal: Abschiebehaft. Sie alle saßen im Abschiebegefängnis Berlin-Köpenick, wo derzeit 71 Menschen Tag für Tag auf ihre erzwungene Ausreise warten. Die quälende Ungewissheit, wann die Abschiebung ansteht, sei das Schlimmste, berichtet Lian Dang (38). "Der Stress ist schwierig auszuhalten."

Die Ausstellung "Leben auf gepackten Koffern", die derzeit in der Berliner Samariterkirche zu sehen ist, zeigt den stupiden Alltag dieser drei ehemaligen Gefangenen: anderthalb Stunden Hofgang im zubetonierten Innenhof, Großküchenessen aus Aluschalen, karge Zellen mit Metall-Doppelstock-Betten. Das Handy ist für viele der einzige Kontakt zur Außenwelt. In der Ausländerbehörde Nöldnerstraße in Berlin sind sogar Auffangnetze in den Treppenhäusern aufgespannt – Selbstmordgefahr. Allein in der Hauptstadt gab es dieses Jahr in Abschiebehaft einen Selbstmord und einen missglückten Selbsttötungsversuch.

Abschiebehaft kostet so viel wie Mittelklasseurlaub

Ironie der Abschiebep Praxis: Die Gefangenen müssen für die Kosten am Ende selbst aufkommen. Pro Monat kommen da 2000 Euro auf einen Häftling zu, berichtete der evangelische Pfarrer Bernhard Fricke auf einer Podiumsdiskussion der Evangelischen Kirche in Berlin, an der Vertreter der "Initiative gegen Abschiebehaft" und vom Flüchtlingsrat Berlin teilnahmen. Fricke besucht regelmäßig die Insassen in Berlin-Köpenick. Die Haft koste pro Tag umgerechnet rund 65 Euro – so viel wie ein Mittelklasse-Hotel. Ein Hohn für Menschen, die mit ihrem letzten Ersparnis aus Krisenregionen geflüchtet sind.

Die "EU-Rückführungsrichtlinie", die im Juni vom EU-Parlament verabschiedet wurde und in zwei Jahren in Kraft tritt, soll die Abschiebehaft in den Mitgliedsstaaten vereinheitlichen. "Für Deutschland wird sie allerdings keinerlei Besserung bringen. Im Gegenteil", sagte Jens-Uwe Thomas vom Berliner Flüchtlingsrat. Beim Kompromiss hätte sich Deutschland mit seiner ohnehin bereits strengen Abschiebep Praxis durchgesetzt. Sechs Monate lang – in Ausnahmefällen sogar 18 Monate – dürfen Flüchtlinge ohne Aufenthaltserlaubnis hier in Haft genommen werden, während die Behörden die Ausweisung vorbereiten. Zum Vergleich: In Frankreich sind es 32 Tage, in Spanien 40 und in Italien 60.

39 Tage Haft – weil die Papiere fehlen

Wer keine gültigen Ausweisdokumente hat, aber abgeschoben werden soll, kommt in Abschiebehaft. Durch die Haft will die Behörde sicherstellen, dass sich der Betroffene der Abschiebung nicht widersetzen kann. Die Ausweisung trifft den kurdischen Kriegsdienstverweigerer, den homosexuellen Iraner oder die Palästinenserin aus dem Gaza-Streifen gleichermaßen. "Für diesen Freiheitsentzug gibt es im Grunde keinen strafrechtlichen Hintergrund", sagte Thomas. "Es ist im Grunde eine Haft, weil die Betroffenen keine Papiere haben." Damit sei das Verfahren unverhältnismäßig und gehöre abgeschafft. Ein Pflichtverteidiger, der mittellosen Betroffenen zur Seite steht, ist vom Gesetzgeber ebenfalls nicht vorgesehen. Einzige Rechtsberatung bieten ehrenamtliche Anwälte.

Überdies kritisierte Thomas die medizinische Versorgung in den Gefängnissen. Für die Insassen ist ein Polizeiarzt verantwortlich. Eine unabhängige Betreuung sei so nicht möglich, berichtete Thomas. Zwei Herzinfarkte seien in Berlin daher zu spät erkannt worden. Einige Ärzte haben in der Vergangenheit kranke Insassen als Simulanten betrachtet. Das Ergebnis: Gerade in der Abschiebehaft werden viele Betroffene krank. Die krasse Beendigung eines hier gewachsenen Lebens, die Trennung von der Familie und der Verlust von Freunden machen depressiv.

Auch die Inhaftierung Minderjähriger – in Deutschland ist Abschiebehaft auch für 16- und 17-Jährige zulässig – müsse zurückgenommen werden, fordert Thomas. Die Insassen sitzen im Durchschnitt in Berlin 39 Tage in Haft. Mehr als die Hälfte wird anschließend wieder freigelassen, weil die für die Abschiebung nötigen Papiere nicht vom Heimatland ausgestellt wurden. Damit war die Zeit im Gefängnis völlig umsonst.

Deutschland zieht sich aus der Verantwortung

Die Wurzeln der rigiden Asylpolitik liegen in den Neunzigerjahren und den tausenden Flüchtlingen aus dem Irak-Krieg und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Doch die Zahl der Menschen in Abschiebehaft ist rückläufig. Rund 1.500 waren es im vergangenen Jahr, informiert Yolanda Bakker von der "Initiative gegen Abschiebehaft". Dies hängt mit der gesunkenen Zahl von Asylanträgen zusammen. 2007 waren es laut Bundesinnenministerium 19.164, was gerade einmal ein Viertel der Anträge von 1999 ausmacht. Von diesen ohnehin wenigen Anträgen werde aber noch nicht einmal ein Prozent bewilligt, kritisiert die Rechtsanwältin Canan Bayram, die Abschiebehaftlinge vertritt und SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus ist.

Die Zahl der Asylbewerber ist auch gesunken, weil Deutschland durch die EU-Osterweiterung keine Außengrenze mehr hat. Über die sogenannte Drittstaaten-Regelung kann die Bundesrepublik Flüchtlinge einfacher als früher abschieben. Hier gilt das Prinzip: In welches Land der Nicht-EU-Bürger zuerst eingereist war, dorthin wird er wieder zurückgeschickt. Damit ziehe sich Deutschland aus seiner Verantwortung, meint Bakker von der Initiative gegen Abschiebehaft.

Eine Alternative zur strengen Asylpolitik wäre zum Beispiel, ein gewisses Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen. Auf diesen Vorschlag macht die Kampagne "Save me" aufmerksam, die derzeit in Großstädten wie Berlin und München anläuft. Pfarrer

Fricke erhofft sich von der Kampagne ein deutliches Signal an die Bundesregierung: Die Politik behaupte stets, die Bevölkerung wolle keine Flut von neuen Asylanträgen. "Doch mit diesem Argument versteckt sich die Politik hinter der Bevölkerung. Daher ist es wichtig, mit der Kampagne ein Zeichen zu setzen."

Von Jörg Oberwittler, 2. Oktober 2008